

Mutter bekämpft den Familienartikel



Verena Herzog ist gegen den Familienartikel – genauso wie Hansjörg Walter, Roland Eberle und Peter Maag. (Bild: Stefan Beusch)

Der Familienartikel sei teuer, treibe Mütter ins Burn-out und beende die Freiheit der Eltern, ihre Kinder selber zu erziehen, sagt Verena Herzog. Die SVP-Politikerin hat ein Gegen-Komitee gegründet und namhafte Mitstreiter gefunden.

MARC ENGELHARD

WEINFELDEN. Verena Herzog ist die einzige Frau im weissen Konferenzraum. Kantige Männer von geschliffenem Format umgeben sie: Eberle, Walter, Maag, Brunner und Wüst-Singer flankieren die neue SVP-Nationalrätin, die an der vorderen Seite des Quadrats aus Tischen sitzt. Die Mutter und Kindergärtnerin ist gegen «Staatskinder», gegen den Familienartikel, gegen die unbezahlbaren Kosten. Gestern hat Herzog zur Pressekonferenz nach Weinfelden geladen, um ihr Gegen-Komitee zum Familienartikel vorzustellen.

Die Abstimmung über den neuen Familienartikel am 3. März sei die wichtigste aller drei Vorlagen, sagt Herzog. Der neue Verfassungsartikel weist dem Bund den Auftrag zu, die Vereinbarkeit von Beruf und Familien zu fördern. Der Familienartikel schade der Wirtschaft und der Gesellschaft. Es gebe im Thurgau genügend Krippenangebote und: «Es ist ein Trugschluss, dass es nur eine Frage der Organisation sei, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen.» Viele Frauen würden sich zu viel zumuten, wenn sie tagsüber arbeiten und sich abends um Haushalt sowie Kinder kümmern. «Immer mehr Frauen sind mit 55 Jahren ausgebrannt.» Mütter oder Väter sollen einen Fuss im Beruf behalten, sich aber mehrheitlich der Familienarbeit widmen und danach wieder ins Berufsleben einsteigen.

Artikel kratze am Föderalismus

SVP-Nationalrat Hansjörg Walter hält die Kosten des Vorstosses für unabsehbar, aber: «Es wird teuer.» Es sei unfair, dass auch diejenigen zahlen müssten, die ihre Kinder selber erziehen möchten. Von bis zu 13 Milliarden Franken Kosten pro Jahr spricht Hansjörg Brunner, Vize-Präsident des Thurgauer Gewerbeverbandes. EDU-Kantonsrat und Familienpolitiker Iwan Wüst-Singer sagt: «Der Artikel ist gegen das System Familie.» Weil durch ihn die Steuerlast steige, zwinge das oft beide Eltern zu arbeiten. Das beende die Freiheit sich zu entscheiden, sein Kind selber grosszuziehen.

SVP-Ständerat Roland Eberle verweist auf den Föderalismus und die Eigenverantwortung. «Der Vorstoss kratzt daran.» Es brauche keine Bundeskompetenz. Der Familienartikel ermächtige den Bund, sich massiv in die Familie einzumischen. Stattdessen fordert Roland Eberle massgeschneiderte Lösungen. Der Thurgau habe andere Bedürfnisse als Zürich, Frauenfeld nicht die gleichen wie Bottighofen.

Der Mittagstisch als Beleg

Laut Peter Maag von der Industrie- und Handelskammer gibt es viele Betreuungsangebote im Thurgau. Die Familienplattform Ostschweiz sei eine Möglichkeit, sich darüber zu informieren. Hinzu kämen private Bemühungen. Als er Schulpräsident in Wängi gewesen sei, sagt Walter, hätte er einen Mittagstisch eingeführt. Allerdings seien viele Schüler einfach über den Mittag bei ihren Kollegen essen gegangen.

Auch wenn es im Thurgau den Artikel nicht braucht: Würde Herzog sich auch als Stadtzürcherin gegen ihn stellen? «Absolut», sagt sie. «Wenn es in den Gemeinden nicht gut läuft, muss man die Politiker dort auswechseln.» Und nicht den Bund einschalten.